

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Frau Krippendorf, Herr Meier

Siegen, 12.04.2024

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>07.05.2024</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>08.05.2024</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>23.05.2024</b>

Kurzbezeichnung:

**113. Änderung des Flächennutzungsplanes / Wald-Kita  
hier: Konzeptionsbeschluss**

### Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften stimmt der Konzeption zur 113. Änderung des Flächennutzungsplanes, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung von Wald-Kitas an den ausgewählten Standorten gemäß Anlage 1 im Stadtgebiet zu schaffen, grundsätzlich zu und beauftragt die Verwaltung, die hierfür erforderlichen Verfahrensschritte einzuleiten.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Bedarf an Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen ist hoch. Neben verschiedenen Projekten im planungsrechtlichen Innenbereich kommt der Wunsch einiger Eltern hinzu, ihren Kindern einen Raum zu geben, in dem ganzheitliche Erfahrungen gemacht werden können und ein selbstverständlicher Bezug zur Natur hergestellt wird. Ein kontinuierlicher Kontakt zur Natur soll die Kinder sensibilisieren und einen behutsamen Umgang mit ihr fördern. Der Gedanke der Wald-Kita orientiert sich an der umweltpädagogischen Frühlehre, bei der die Kinder möglichst früh praktische Erfahrungen und Wissen über die Natur und ihre ökologischen Zusammenhänge sammeln sollen.

Die Stadtverwaltung hat sich diesem Thema angenommen und in einem Erarbeitungsprozess mit den Fachabteilungen verschiedene Standorte im Stadtgebiet beleuchtet. Am Ende des

Prozesses wurden mehrere geeignete Standorte herauskristallisiert. Neben einem konkreten Vorhaben (113.5) sollen weitere Standorte vorgehalten werden. Darüber hinaus sollen bereits bestehende Wald-Kitas (113.1 und 113.2) sowie genehmigte Standorte (113.3 und 113.4) planungsrechtlich im Flächennutzungsplan gesichert werden.

Es ist geplant, diese Bereiche als natürliche und weitestgehend unangetastete Flächen zu nutzen, sowie jeweils am Waldrand/ in der Nähe der Erschließungsstraße einen Wetterschutz- und Lagerraum aufzustellen.

Für die Menschen im Planungsraum ist der Wald Teil ihrer regionalen Identität und daher auch in seiner kulturhistorischen Bedeutung zu bewahren. Daher stellt Umweltbildung vor diesem Hintergrund, aber auch in Bezug auf Nachhaltigkeit und den Klimawandel ein wichtiges Instrument dar, eine schonende Nutzung des Waldes bereits früh zu vermitteln.

Negative Auswirkungen sind durch die Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) nicht zu erwarten.

Wald-Kitas sind im planungsrechtlichen Außenbereich als sonstige Vorhaben i. S. v. § 35 Abs. 2 BauGB zu qualifizieren, die im Einzelfall zugelassen werden können, wenn keine öffentlichen Belange beeinträchtigt werden. Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt insbesondere vor, wenn die Darstellungen des Flächennutzungsplans dem Vorhaben entgegenstehen. Dieser Fall liegt bei der angestrebten Nutzung vor, da der FNP an den ausgewählten Standorten Flächen für die Forstwirtschaft oder Flächen für die Landwirtschaft (113.3 und 113.4) vorsieht. Daher besteht die Erforderlichkeit, den FNP zu ändern.

In § 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB ist – abweichend vom Sprachgebrauch in den übrigen Nummern des § 5 Abs. 2 und in der Nr. 2 selbst, soweit dort die Sport- und Spielanlagen erwähnt werden – nicht von der Darstellung von „Flächen“ die Rede. Das Gesetz macht hierdurch ausdrücklich deutlich, dass die Gemeinde nicht gehalten ist, die Ausstattung des Gemeindegebiets mit den genannten Anlagen und Einrichtungen in der Form von Flächendarstellungen vorzunehmen; sie kann auch eine Standort- oder Lagebezeichnung wählen. Gemäß der Anlage zur Planzeichenverordnung (PlanzV), Nr. 4.1 (Flächen für Gemeinbedarf), können im Flächennutzungsplan die dort angegebenen Zeichen für die Anlagen und Einrichtungen zur Kennzeichnung der Lage auch ohne Flächendarstellung verwendet werden (Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch Werkstand: 151. EL August 2023, Rn. 26-28a).

Aufgrund der Maßstäblichkeit des FNP sowie der Kleinteiligkeit eines Wetterschutz- und Lagerraumes für eine Wald-Kita ist die Darstellung einer Fläche nicht zielführend. Dementsprechend soll der Flächennutzungsplan der Stadt Siegen geändert und an den ausgewählten Standorten im Stadtgebiet durch die Kennzeichnung der Lage über ein Planzeichen mit der besonderen Zweckbestimmung Wald-Kita geändert werden.

Die Änderung wird auch erforderlich, um Trägervereinen Planungssicherheit zu geben.

#### Vereinfachte Flächennutzungsplanänderung

Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne die Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB geändert werden.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist inhaltlich und funktionell von geringer Bedeutung, dem Flächennutzungsplan liegt auch ohne diesem Planverfahren in den Änderungsreichen ein tragfähiges Gesamtkonzept zu Grunde.

Lediglich ein Wetterschutz- und Lagerraum (Bauwagen) von untergeordneter bzw. geringfügiger Größe dürfen im Bereich der Planzeichendarstellung errichtet werden. Der Grad der Versiegelung wird damit auf das absolut notwendige Maß begrenzt. Die Waldfläche bleibt ansonsten unberührt und die Waldfunktion wird, wenn überhaupt, nur marginal beeinträchtigt. Sofern Flächen für die Landwirtschaft betroffen sind, wird die Flächeninanspruchnahme auf das absolut erforderliche Maß begrenzt. Zudem bestehen bei den Standorten Vorbelastungen, die die hinzukommende Nutzung als Wald-Kita überlagern. Die Grundzüge der Planung werden daher durch die Planung nicht berührt.

Die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, werden durch die Änderung nicht vorbereitet oder begründet. Darüber hinaus bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter und das bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Die Standorte können sich im weiteren Verfahren geringfügig verändern.

Die Verwaltung empfiehlt den Beschluss zu fassen, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung von Wald-Kitas an den ausgewählten Standorten zu schaffen und damit ein begrüßenswertes pädagogisches Angebot der Kinderbetreuung innerhalb des Stadtgebietes vorhalten zu können.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Marlene Krippendorf

Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Stadtplanung und Liegenschaften

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 - Änderungsbereiche](#)